

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND



Erhard-Kritiker Hochhuth
„Dichter?“

BONN

ERHARD

Im Stil der Zeit

Nichts gegen den Geist! Aus der Richtung komme ich auch.
Ludwig Erhard 1965.

Der Kanzler des Volkes der Dichter und Denker zürnte: „Pinscher“, „Banausen“, „Nichtsköner“, „Scharlatane“! Gemeint waren die Dichter des Volkes der Dichter und Denker. Das ist nicht neu.

Der Kaiser — so fabulierte schon der Pennäler Kurt Tucholsky — hatte eine



Erhard-Kritiker Johnson
„Pinscher?“

Flöte. Wenn man durch die Löcher dieser Flöte schaute, so sah man viele bunte Bilder von Thoma und Böcklin, Meunier und Zille. Kurzum, darinnen war die ganze moderne Richtung. Und was tat der Kaiser mit der Flöte? Er piff darauf.

Was dem Kaiser die Flöte, ist dem Kanzler die Blechtrommel. In ihr sieht er sie alle versammelt: den Günter Graß, den Martin Walser, den Uwe Johnson und den Rolf Hochhuth. Kurzum, die ganze Richtung. Und was tut der Kanzler mit der Trommel? Er drischt mal drauf.

Das war nicht immer so. In seiner Regierungserklärung nach dem Amtsantritt 1963 hatte der regierende Professor aus Fürth den von seinem Vorgänger nicht gerade verwöhnten Intellektuellen ungewohnte Avancen gemacht: „Ich rufe die schöpferischen Menschen in der Bundesrepublik zur Mitarbeit in diesem Staate auf.“

Erste Nutzenwendungen folgten: CDU-Manager Dufhues, der die literarische „Gruppe 47“ eine „geheime Reichsschrifttumskammer“ genannt hatte, zog seinen Vorwurf bedauernd zurück.

Kanzler Erhard kündigte an, unter seinem alten Mitarbeiter Professor Müller-Armack werde ein Team von Gelehrten (das nie gebildet wurde) den Regierungschef nach Kennedy-Vorbild beraten.

Und Weltausstellungs-Architekt Sep Ruf errichtete als äußeres Zeichen der Übereinstimmung zwischen Kanzler und Moderne im Garten des Palais Schaumburg ein Bungalow aus Glas, Stahl und Beton.

Zwei bedeutende Berliner Künstler, Professor Dierkes und Professor Camaro, beide vom Kanzler zu einem privaten Abendessen gebeten, lieferten eindrucksvolles, abstraktes Kulturgut: drei Säulen im Park und das Gemälde „Die Schmiede des Vulkan“.

Erhard über Bungalow und Zubehör: „Wir müssen den Stil unserer Zeit repräsentieren.“ Gesagt, getan: Neben seinem Fernsehapparat steht eine barocke Madonna.

Kein Zweifel: Volkskanzler Ludwig Erhard ist den Schönen Künsten zugeeignet. Des gedrungenen Pyknikers feingliedrige Hände spielen Skat und Klavier. Er liebt Schubert, Brahms und eben noch Richard Strauss, aber „keinen Schritt weiter“. Denn: „Mit den Modernen kann man mich jagen.“

Von der romantischen Elly Ney ließ er sich Beethoven vorspielen. Der verstorbene Adenauer-Freund Pferdenges nannte ihn mit leichtem Bankierspott „einen musischen Politiker“.



Erhard-Kritiker Böll
„Banause?“

Als aber im Wahljahr 1965 die professionellen Diener der Musen begannen, sich ausgerechnet auf der Seite der SPD um die Politik zu kümmern, da rief Ludwig Erhard „die schöpferischen Menschen in der Bundesrepublik“ nicht länger zur „Mitarbeit an diesem Staate“ auf, sondern entdeckte den Unterschied „zwischen verantwortungsbewußter Geistigkeit und einem blutleeren Intellektualismus ohne Substanz und ohne Gesinnung“.

Im Juni dieses Jahres hatte in einem Rororo-Bändchen eine Gruppe bundesrepublikanischer Literaten links-linkisch „für eine neue Regierung“ (SPIEGEL



Erhard-Kritiker Walser
„Nichtsköner?“

19/65) plädiert. Schallück, Rühmkorf, Hey, Lenz, Jens, Richter und Eggebrecht porträtierten die Brandt-Mannschaft. Wellershoff, Hochhuth und Weiss steuerten Kritik an Erhard und allgemeinen Bonner Zuständen bei. Blechtrommler Günter Graß, Mitglied der sozialdemokratischen Wahlkampfleitung, lieferte das Motto: „Ich rat Euch, Es-Pe-De zu wählen.“

Die Polit-Kritik der Skribenten war primitive Kunst: unsachlich und rüde. Aber: Die Literaten haben wie jeder Minister und Gewerkschaftsfunktionär das Recht, eine unausgelegene Ansicht zu vertreten.

Eben das schien Ludwig Erhard nicht zu passen. Der Maßhalter kannte kein Maß mehr. Am vorletzten Sonntag im Kölner Gürzenich: „Ich muß diese Dichter nennen, was sie sind: Bananens und Nichtskönner, die über Dinge urteilen, von denen sie einfach nichts verstehen... Es gibt einen gewissen Intellektualismus, der in Idiotie umschlägt... Alles, was sie sagen, ist dummes Zeug.“

Das war der Gipfel Erhardischer Eskalation. Schon am 27. Mai hatte der Kanzler auf einer „Staatspolitischen Tagung der katholischen Männer Deutschlands“ Graß angenommen: „Für mich braucht im kommenden Wahlkampf keine Blechtrommel gerührt zu werden.“

Zwei Tage später rief er auf dem Parteitag der baden-württembergischen CDU dazu auf, „Entartungserscheinungen“ in der modernen Kunst und Literatur entgegenzutreten.

Und am vorletzten Sonntag über Hochhuths Kritik am Bonner Staat (SPIEGEL 22/1965): „Da hört bei mir der Dichter auf, und es fängt der ganz kleine Pinscher an, der in dümmster Weise kläfft.“

Halbe-halbe konterten Uwe Johnson („Mutmaßungen“) und Martin Walser („Halbzeit“). Johnson: „Da hört der Kanzler auf.“ Walser: „Da fängt der Erhard an.“

Philosoph Ernst Bloch („Das Prinzip Hoffnung“) konstatierte ironisch sprachliche Fortschritte bei dem sonst so wolkgigen Erhard: „Die Sprache des Bundeskanzlers hat sich bis zur Kenntlichkeit verändert.“

Deutschlands Nobelpreis-Hoffnung Heinrich Böll („Ansichten eines Clowns“): „Peinlich, peinlich.“

„Zeit“-Chefredakteur Josef Müller-Marein piff Halbzeit: „Legt nicht auf die Goldwaage, was die Politiker in einem Wahljahr sagen. Da wird Hochhuth zum Dichter, werden Dichter zu Bananens. In Wahljahren übertreiben, die Politiker immer so...“

Ungerührt wandte sich in dieser Stunde der Erregung Musen-Freund Ludwig Erhard einem anderen Notstand seines Volkes zu. Am letzten Dienstag bat der „Kicker“-Leser Erhard den Ex-Fußballbundestrainer Sepp Herberger zu sich und sorgte sich mit ihm um die Zukunft der deutschen Bundesliga.

BERLIN-KLAUSEL

Geheimnis nichtig

Bundesaußenminister Gerhard Schröder hat vertrauenswürdige Beamte seines Hauses mit einer kriminalistischen Untersuchung beauftragt. Gesucht wird der Mann, der ein streng geheimes AA-Memorandum mit dem Betreff

„Berlin-Klausel“ dem Redakteur der in Köln erscheinenden Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ Theo M. Loch zuspielte. Schröder hatte das Memo Ende Juni den Bonn-Botschaftern der drei Westmächte zugeleitet.

Schreck befahl Anfang vorletzter Woche das Bonner AA, als Loch anrief und offenbarte, er habe den vollen Text der geheimen Verschlusssache in seinem Besitz. Der Schock folgte, als die christliche Wochenzeitung wenige Tage später — am 9. Juli — trotz zwischengeschalteter AA-Abfangversuche das Geheimnis publizierten, obwohl anfangs von Veröffentlichung nicht die Rede gewesen war.

Der Loch-Eklat ist die vorläufig letzte Panne einer unglücklichen Geschichte. Sie begann am 21. Mai 1952.

Damals ordneten die drei westlichen Schutzmächte der Bundesrepublik durch



Botschafter McGhee, Minister Schröder Loch im Amt

eine Erklärung ihrer Berliner Stadtkommandanten an:

- ▷ In internationalen Verträgen und Übereinkommen der Bundesrepublik solle der Name „Berlin“ stets gesondert aufgeführt werden;
- ▷ falls dies nicht möglich sei, solle die Bundesrepublik in einer gesonderten Erklärung feststellen, daß die Bestimmungen des Vertrages auch für Berlin gelten;
- ▷ in Handels- und Zahlungsverträgen solle angegeben werden, daß deren Bestimmungen für „das Währungsgebiet der DM West“ (also auch für West-Berlin) gültig seien.

Die alliierte Anordnung verfolgte einen doppelten Zweck. Einerseits sollte die De-facto-Berechtigung der Bundesrepublik, für West-Berlin Verträge abzuschließen, bestätigt werden. Andererseits sollte — zumal gegenüber den Sowjets — bekundet werden, daß sich die alliierten Sieger von 1945 für West-Berlin — im Gegensatz zum westdeutschen Bundesgebiet — direkte Verantwortung vorbehalten.

Das komplizierte Klausel-System funktionierte bis zu Chruschtschows Berlin-Ultimatum 1958, das die sowjetische Zwei-Staaten-These für Deutsch-

land zur Drei-Staaten-Doktrin erweiterte: West-Berlin als Sonderterritorium neben Bundesrepublik und DDR. Dann begannen die Schwierigkeiten.

Trotzdem gelang es Schröder noch 1962/63, eine neue Bonner Ostpolitik einzuleiten und westdeutsche Handelsmissionen in Warschau, Budapest, Sofia und Bukarest zu placieren, deren Zuständigkeit für das „Währungsgebiet der DM West“ von den vier kommunistischen Staaten ausdrücklich anerkannt wurde.

An diesem Gipfelpunkt der Schröder-schen Erfolgskurve setzte der Widerstand Ulbrichts ein. Er erreichte, daß die Sowjet-Union sich weigerte, ihren Handelsvertrag mit Bonn zu verlängern, weil der bis dahin stillschweigend West-Berlin mit einbezogen hatte. Und Ulbricht gelang, daß Prag — letzte Lücke in der Bonner Ostrunde — für den Austausch von Handelsmissionen jede Art von Berlin-Klausel ablehnte.

Seitdem suchte Schröder einen Ausweg aus der Sackgasse. Am 10. Mai in London, vor Beginn der Nato-Frühjahrskonferenz, kündete er seinen Kollegen aus Washington, London und Paris entsprechende Vorschläge an. Fernschriftlich von London aus unterrichtete Schröder Bundeskanzler Erhard über diese Besprechungen.

Dann befragte der AA-Chef den Berliner Senat und informierte den auswärtigen Ausschuß des Bundestages: „Wir stellen Überlegungen an, wie wir die Berlin-Klausel anders fassen können, um Schwierigkeiten abzufangen.“

Nach sechs Wochen Denkarbeit wurden die Bonner Berlin-Überlegungen in dem AA-Memorandum zu Papier gebracht.

▷ Dessen Hauptinhalt: Schröder schlägt vor, die Gültigkeit Bonner Verträge für West-Berlin nicht mehr durch die jeweilige Einfügung der Berlin-Klausel bestätigen zu lassen. Statt dessen soll die Bundesregierung eine für alle Zeiten geltende General-Erklärung abgeben, wonach West-Berlin für die Vertragspartner Bonns als Bestandteil der Bundesrepublik zu gelten hat.

▷ Zweck der General-Erklärung: Bonns Ostblock-Partner von der Notwendigkeit zu entlasten, bei jedem Handelsvertrag mit der Bundesrepublik eine Illoyalität gegenüber dem sozialistischen Glaubensbruder Ulbricht begehen zu müssen.

▷ Risiko der General-Erklärung: In dem West-Berlin international auch de jure zu einem Bestandteil der Bundesrepublik erklärt wird, erfährt die Zuständigkeit der drei Schutzmächte West-Berlins eine Schwächung.

Die drei Westmächte haben deshalb Bedenken angemeldet. US-Botschafter McGhee gab Schröders Vorschlag am vorigen Mittwoch mit der Empfehlung nach Washington, die alliierten Berlin-Kompetenzen müßten nochmals sichtbar in die Generalklausel eingefügt werden.

Schröders Berlin-Papier wurde als geheime Verschlusssache klassifiziert, eine der höchsten Geheimhaltungsstufen. Auch sonst tat Schröder alles, um das Dokument vor Mitwissern zu hüten: Er hielt darüber weder Vortrag im Kabinett, noch unterrichtete er den Gesamtdeutschen Minister, Vizekanzler Mendel.

Auch Sonderminister Krone bekam weder eine Information noch einen